Salvini stoppt eigene Küstenwache

Italien: Minister sperrt alle Flüchtlinge aus

VON REGINA KERNER

Eines zumindest kann man Italiens rechtem Innenminister Matteo Salvini nicht vorwerfen: mangelnde Konsequenz. Um durchzusetzen, dass keine Bootsflüchtlinge mehr in Italien an Land gehen, sperrt er die Häfen jetzt sogar für ein Schiff der eigenen Küstenwache, das Migranten an Bord hat.

Die etwa 60 im Meer vor Libyen in Seenot geratenen Flüchtlinge waren am Montag zunächst von dem italienischen Schlepper „Vos Thalassa“ aufgenommen worden, der für eine Ölplattform des Total-Konzerns im Einsatz ist. Das Schiff erreichte den Unglücksort vor der ebenfalls alarmierten libyschen Küstenwache, rettete die Schiffbrüchigen und hielt Kurs auf Italien.

Salvini ordnete an, die „Vos Thalassa“ nicht einlaufen zu lassen. Daraufhin kam es offenbar zu einer Meuterei der Flüchtlinge, die nicht nach Libyen zurückgebracht werden wollten. Der Kommandant der „Vos Thalassa“ sandte einen Notruf aus, die Besatzung sei in Gefahr. In der Nacht zu Dienstag übernahm das italienische Küstenwache-Schiff „Diciotti“ die Migranten.

Der für die Küstenwache zuständige Verkehrsminister Danilo Toninelli twitterte, er sei stolz auf den Einsatz. Es würden nun Ermittlungen eingeleitet, um die Aufrührer unter den Migranten zu bestrafen. Zur Frage, ob die Menschen nach Italien gebracht würden, äußerte er sich nicht. Salvini dagegen zeigte sich stur. Die „Diciotti“ erhalte keine Erlaubnis, in einen italienischen Hafen einzulaufen, hieß es am Dienstag aus seinem Ministerium. „Die italienische Küstenwache kann nicht die libysche ersetzen.“

Die Zeitung „La Repubblica“ schrieb, nach internationalem Recht befänden sich die Migranten auf italienischem Boden, ihre Zurückweisung sei illegal. Auch sei es unwahrscheinlich, dass andere europäische Länder zur Aufnahme von Flüchtlingen bereit seien, die von einem italienischen Schiff gerettet wurden. Vermutet wurde, dass Salvini am Ende einlenken würde.

Der Chef der fremdenfeindlichen Lega und Vize-Premier hat Italiens Häfen für Rettungsschiffe internationaler Hilfsorganisationen gesperrt. Am Wochenende kündigte er an, auch Schiffe der EU-Missionen mit Migranten dürften nicht mehr anlegen. Doch in der populistischen Regierungskoalition ist sein Vorpreschen offenbar nicht abgestimmt. Der parteilose Außenminister Enzo Moavero Milanesi stellte klar, Italien werde sich bei den EU-Missionen seinen internationalen Verpflichtungen nicht entziehen.

Die sichere Karte

Jeremy Hunt führt nun das britische Außenministerium – ein Porträt

VON PETER RUTKOWSKI

Als Boris Johnson das Foreign and Commonwealth Office an Londons King Charles Street am Montagnachmittag zum letzten Mal verlassen hatte, öffneten sich die Flutschleusen der professionellen Indiskretionen: nur gut, dass er endlich fort sei. Wenn man ihn brauchte, sei er nie da gewesen. Er hätte nie genug Interesse für die drängenden Probleme aufbringen können. Seine schnoddrigen oder unflätigen Bemerkungen hätten dem Amt geschadet … Entsprechend hoch sind die Erwartungen an Jeremy Hunt, Johnsons Nachfolger als britischer Außenminister.

Aber praktisch alles an der Biografie ihres neuen Chefs kann den Bediensteten des Außenministeriums erst mal nur gefallen: Hunt kommt aus wohlhabendem Hause, besuchte eine angesehene Schule und studierte in Oxford – eine britische Politiker-Karriere nach den besten konservativen Klischees. Der verheiratete Vater eines Sohnes und zweier Töchter sitzt seit 2005 für die Torys im Unterhaus, der 51-Jährige vertritt dort den südenglischen Wahlkreis South West Surrey.

Was Jeremy Hunt aber weit über den Durchschnitt seiner Kolleginnen und Kollegen erhebt, ist sein bisheriger Job: Gesundheitsminister. Keiner – seit 1945 – hat das Amt so lange bekleidet, wie Hunt, fast sechs Jahre lang. Der Schleudersitzcharakter des Amtes liegt vor allem am Nationalen Gesundheitssystem NHS, zu Hause oft verschrien, weltweit in aller Regel bewundert und beneidet.



Jeremy Hunt. SIMON DAWSON/RTR

WEITERE RÜCKTRITTE

Premierministerin Theresa May verliert in der Regierungskrise in London weiter an Zustimmung aus den eigenen Reihen. Am Dienstag kündigten zwei weitere Politiker ihren Rücktritt an: die Vize-Vorsitzenden der konservativen Partei, Ben Bradley und Maria Caulfield. Sie könne nicht unterstützen, in welche Richtung die Brexit-Verhandlungen derzeit gingen, schrieb Caulfield laut Nachrichtenagentur PA in ihrem Rücktrittsbrief.

Die beiden Politiker sind zwar weitgehend unbekannt, ihr Rücktritt ist aber als deutliches Signal in der Partei zu werten. dpa

Hunt tat wie viele andere Torys vor ihm das Seine dazu, den einst vom ersten Labour-Kabinett 1945 bis 1951 als Säule des Wohlfahrtsstaates installierten NHS maroder und ineffektiver zu machen. Und auch sonst hat Hunt manches auf dem Kerbholz – wie andere Abgeordnete: zweifelhaftes Finanzgebaren, dumme bis absolut skandalöse Kommentare zu sensiblen Themen.

Gleichwohl gilt Hunt als die bessere Wahl für May als Johnson. Während des 2016er Referendums trat er wie sie für den Verbleib in der EU ein, während der schillernde Johnson mal für, mal gegen den Brexit zu sein schien, bis er alle seine Karten auf den Austritt setzte. Hunt gibt sich stets loyal, manche würden sagen: übermäßig angepasst. Bei Johnson war nur Verlass darauf, dass er mit irgendeinem peinlichen Bonmot zur Unzeit querschießen würde. Hunt macht den Eindruck, als hätte May mit ihm jemanden, der erst mal Ruhe ins Regierungs-Business bringt – eine fast schon viktorianische Atmosphäre im Foreign Office.

Zur Stunde glaubt in London niemand ernsthaft, Hunt wäre zu so dramatischen Überhöhungen in der Lage wie Johnson in seinem Demissionsschreiben vom Montag: „Der Brexit-Traum stirbt.“ mit dpa

Berlin soll intervenieren

USA gegen iranischen Transfer von Bargeld

Der US-Botschafter in Deutschland, Richard Grenell, fordert von der Bundesregierung, den vom Iran geplanten Bargeld-Transfer von 300 Millionen Euro zu untersagen. „Wir ermutigen die deutsche Regierung auf höchster Ebene zu intervenieren und dieses Vorhaben zu stoppen“, sagte Grenell der „Bild“-Zeitung.

Der Iran will rund 300 Millionen Euro in bar von Deutschland nach Teheran ausfliegen, um das Geld angesichts amerikanischer Sanktionen vor einem drohenden Einfrieren von Konten zu retten. Konkret geht es darum, Guthaben der staatlichen Europäisch-Iranischen Handelsbank bei der Bundesbank auszahlen zu lassen. Das Vorhaben werde nun geprüft, sagte eine Sprecherin des Finanzministeriums. Zuständig für die Prüfung ist die deutsche Finanzdienstleistungsaufsicht Bafin.

Für die Bundesregierung ist die Lage politisch heikel, sie will mit der EU das Atomabkommen mit dem Iran retten – das sieht Kontrollen im Gegenzug für wirtschaftliche und finanzielle Vorteile vor. Auf der anderen Seite droht hier heftiger Ärger mit den USA und Israel, die Iran vorwerfen, das Geld für Terrorfinanzierung nutzen zu wollen. US-Präsident Donald Trump hat das Abkommen gekündigt und neue Sanktionen angekündigt, weil er glaubt, dass der Iran heimlich weiter nach einer Atombombe strebe. dpa

Weder Freund noch Feind

Auf dem FR-Podium diskutieren USA-Experten den Bruch transatlantischer Umgangsformen

VON ELENA MÜLLER

Auch eineinhalb Jahre nach dem Amtsantritt von US-Präsident Donald Trump ist es schwer, seine Politik verlässlich einzuschätzen – zu sprunghaft ist der anscheinend von spontanen Eingebungen getriebene „Dealmaker“ im Weißen Haus – da sind sich Reinhard Bütikofer, Stormy-Annika Mildner und Crister S. Garrett einig.

Doch wie man mit seiner Politik und den zugrunde liegenden Motiven umgehen soll, dazu haben die drei Teilnehmer der Podiumsdiskussion in der Evangelischen Akademie in Frankfurt alle unterschiedliche Ansätze. Trump sei zwar im Vergleich zu seinem Vorgänger, dem besonnenen Barack Obama, eher der Typ „Wirtshausschläger“, sagt der Grünen-Europaparlamentarier Bütikofer, aber zum Beispiel seine Haltung gegenüber der Nato sei nicht neu.

„Schon Madeleine Albright, Außenministerin unter Bill Clinton, hat gesagt, dass die Nato in den USA weniger beliebt sei als in Europa“, so Bütikofer. Bislang sei die Kritik an dem Verteidigungsbündnis und der Rolle Europas in eben diesem nur viel leiser und höflicher vorgetragen worden. Gemeinsam mit den anderen Gästen war Bütikofer auf Einladung der Heinrich-Böll-Stiftung und der Evangelischen Akademie nach Frankfurt gekommen, um das Thema „Fremde Freunde – Welche Wege gehen die USA und Europa?“ zu diskutieren. Andreas Schwarzkopf, Ressortleiter Meinung der Frankfurter Rundschau, moderierte die Debatte



„Fremde Freunde“ – das FR-Podium: Bütikofer, Mildner, Moderator Schwarzkopf, Garrett (v. l.) M. MÜLLER

Mildner, Abteilungsleiterin Außenwirtschaftspolitik beim Bundesverband der Deutschen Industrie, sieht unter Trump einen gefährlichen Bruch mit den gewohnten Umgangsformen. „Barack Obama hat Handelskonflikte mit Europa immer vor der Welthandelsorganisation ausgetragen“, so die BDI-Frau. Dass Trump sich dieser Vorgehensweise entziehe, schaffe Unsicherheiten bei den deutschen Unternehmern.

Das Ende des Multilateralismus, das Trump mit aller Wucht vorantreibt, beschreibt Garrett, Professor für amerikanische Kultur und Geschichte an der Universität Leipzig, als einen Generationenwechsel: „Was wir derzeit erleben, die Sprunghaftigkeit in den internationalen Beziehungen und besonders zwischen den USA und Europa, ist keine Phase.“ Europa müsse sich neue Partner suchen, darauf einigt sich das Podium, denn: Die Lücken, die beim Auseinanderfallen des transatlantischen Verhältnisses entstünden, würden schnell gefüllt.

Europa müsse sich alsbald zu China positionieren, so Mildner, sonst dränge die Wirtschaftsmacht in das Machtvakuum zwischen den USA und Europa. Für Wissenschaftler Garrett ist es wichtig, dass die europäische Staatengemeinschaft zu einer starken, gemeinsamen Position findet: „Zur Zeit ist völlig undefiniert, was Europa verbindet.“ Das müsse sich ändern, um Trump, von dem man nicht wisse, ob er Freund sei oder Feind, entgegentreten zu können.